

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 4 - 17. April 2012



Positionspapier zur linken Mittelstandspolitik in Leipzig

Auf der 1. Tagung des 3. Stadtparteitages der Leipziger LINKEN am 24. März 2012 folgte die übergroße Mehrheit der Delegierten dem Beschlussvorschlag des Stadtvorstandes, mit der öffentlichen Diskussion des Positionspapiers zur linken Mittelstandspolitik zu beginnen und das Material auf der 2. Tagung im Herbst 2012 zu verabschieden.

Mit der Erarbeitung des Positionspapiers verfolgen seine Autorinnen und Autoren keinesfalls die Absicht, den Fußstapfen der FDP auf dem Gebiet der Mittelstandspolitik in den Kommunen zu folgen oder neoliberale Auffassungen anderweitiger Parteien und Lobbygruppen zu vertreten. Es geht vielmehr um fundierte wirtschaftspolitische Positionen der Leipziger LINKEN für deren konkretes kommunales Handeln. Für uns ist der Mittelstand in der Kommune, sind die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer (KMU), als wirtschaftlicher Kern des Mittelstandes, unerlässlich, um die lokale und regionale wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzubringen, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und weiter zu entwickeln. Gleichzeitig ist die Entwicklung der Lebensqualität in der Kommune ohne die KMU undenkbar. Die von der sächsischen Landesregierung und der Stadt Leipzig beförderte „Leuchtturm-Politik“ hat in den vergangenen 20 Jahren jedenfalls nicht die versprochenen wirtschaftlichen, insbesondere auch arbeitsmarktpolitischen Effekte, erbracht.

Mit dem vorgelegten Entwurf des Positionspapiers setzen wir um, was im Erfurter Programm unserer Partei in einem eigenen Abschnitt festgestellt wird und was auf Bundes- und Landesebene bereits seit längerem insbesondere das Handeln unserer Abgeordneten mit bestimmt. Nicht ohne Grund hat die Bundestagsfraktion unserer Partei im Mai des letzten Jahres eine ganztägige Anhörung zum Thema „Mittelstand“ durchgeführt. Dort stellte der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi fest, dass DIE LINKE auch die Partei des Mittelstandes ist. Der Blick in den wirtschaftspolitischen Teil des neuen Deutschland befördert ebenfalls das Verständnis zu linker Mittelstandspolitik, insbesondere die Beiträge von Christa Luft und Harry Nick sowie von Sahra Wagenknecht und Diether Dehm. Deutlich wird dabei immer, dass es zwischen der LINKEN und den KMU objektiv gemeinsame Anknüpfungspunkte im Kampf gegen die Übermacht des Finanzkapitals gibt.

Dies bedeutet, dass wir eine Wirtschaftspolitik entwickeln müssen, die sich nicht nur um die Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten zentriert, sondern auch ein Dialogangebot für bisher eher skeptische soziale Schichten. Mit dem nunmehr vorliegenden Positionspapier wird an Aussagen aus dem Kommunalwahlprogramm von 2009 angeknüpft. Es zielt auf eine Verbesserung des Kontaktes insbesondere zu Kleinst- und Kleinunternehmen sowie

deren berufsständischen Interessenvertretungen, rückt die Lebenswirklichkeit der Selbständigen stärker in unser Blickfeld, versucht die Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftspolitik miteinander zu verknüpfen, erstreckt sich auf sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze mit menschenwürdiger Bezahlung, bietet Ansätze für eine gerechte Besteuerung quer über alle Einkommensgrenzen hinweg und setzt sich für vertiefte regionale Wirtschaftskreisläufe ein.

Mit dem vorliegenden Papier wollen wir sowohl parteiintern als auch mit interessierten Akteuren aus der Leipziger Wirtschaft nunmehr zügig ins Gespräch kommen. Der bevorstehende Oberbürgermeisterwahlkampf wird darüber hinaus sicher viele Gelegenheiten bieten, unsere Auffassungen in die Öffentlichkeit zu tragen, zumal unsere Kandidatin Dr. Barbara Höll an dem Papier mitgewirkt hat. Auf diesem Wege können wir inhaltlich und thematisch Wählerschichten für die Partei erschließen, die wir bislang mit unserer Programmatik nicht erreichten. Dazu gehören ohne Zweifel große Teile des Mittelstandes, der KMU. Viele von ihnen wirtschaften unter prekären Bedingungen und arbeiten immer an der Grenze der Insolvenz. Ihre soziale Absicherung ist in vielen Fällen unzureichend. Wenn wir uns verstärkt den KMU zuwenden, so bleiben wir damit einem Kernthema der LINKEN treu, der sozialen Frage. Dies sowohl unter Bezug auf die kleinen Unternehmer

selbst, aber natürlich auch in Bezug auf die von ihnen Beschäftigten und Auszubildenden. Die entsprechenden Zahlen für Leipzig sind dem Entwurf des Positionspapiers zu entnehmen.

Wenn wir also jetzt in unserem Stadt-

verband über den Entwurf des Positionspapiers zur linken Mittelstandspolitik in Leipzig hoffentlich lebendig diskutieren, dann nicht mehr über die Grundfrage, ob wir ein solches Papier brauchen, sondern wie wir es gemeinsam weiter qualifizieren können. In

diesem Sinne freuen wir uns über jede Einladung von Euch.

Dr. Thomas Rothe
Mitglied der AG Linke UnternehmerInnen

Arbeitsplan des Stadtvorstandes Mai bis Juli 2012

I. Arbeitsschwerpunkte

Ständige Tagesordnungspunkte der Stadtvorstandssitzungen:

- Protokoll- und Beschlusskontrolle
- Einschätzung der aktuell-politischen Lage/Informationen zur Öffentlichkeitsarbeit
- Anträge
- Vorbereitung OBM-Wahlkampf
- Umsetzung Parteitagsbeschlüsse

II. Beratungen des Stadtvorstandes

15. Mai 2012

- SV im Dialog
- Diskussion zur Barrierefreiheit LHL
- Berufung Coachinggruppen 10 mal 10
- Berufung AG Mitteilungsblatt
- Abrechnung Finanzen 1. Quartal
- Auswertung Seniorenkonferenz

12. Juni 2012

- SV im Dialog mit der AG

- Zwischenbericht zur Diskussion Mittelstandspapier
- Verständigung zur Wahlkampfstrategie
- Evaluierung mittelfristige Finanzplanung
- Berufung AG Kommunikationskonzept

10. Juli 2012

- SV im Dialog
- Diskussion zum Entwurf der Ordnungs- und Sicherheitspolitischen Leitlinien
- Stand Umsetzung Projekt 10 mal 10
- Erfahrungsaustausch mit SV Halle/ Auswertung Hallenser OBM-Wahl vom 17. Juni 2012
- Berufung Wahlkampfleiter und Wahlstab
- Beschluss Arbeitsplan August bis Dezember 2012

III. weitere Termine

21. April 2012

Kulturkonvent DIE LINKE. Sachsen in Leipzig

30. April 2012

Courage-Konzert

1. Mai 2012

Maifeierlichkeiten

6. Mai 2012

Gedenkmarsch nach Wurzen

8. Mai 2012

Tag der Befreiung

1. Juni 2012

Internationaler Kindertag

2./3. Juni 2012

Bundesparteitag in Göttingen

16. Juni 2012

Kleiner Parteitag Sachsen in Dresden

16./17. Juni 2012

Fest der Linken in Berlin

18. Juni 2012

Landesseniorenkonferenz in Freiberg

7.-14. Juli 2012

CSD Leipzig

Verfassungsänderung in Sachsen: LINKE fordert Privatisierungsbremse und mehr Bürgerbeteiligung

Seit Wochen geistert es durch die Medien: Die sächsische CDU-FDP-Koalition plant, noch im Jahr 2012, eine sog. Schuldenbremse in die sächsische Verfassung aufzunehmen, mit der der Haushaltsausgleich durch Kreditaufnahmen nur noch in eng begrenzten Ausnahmefällen ermöglicht werden soll. Dieses Kreditverbot im Verfassungsrang hat allerdings momentan keinerlei praktische Bedeutung, da Sachsen seinen Staatshaushalt schon seit 2006 nicht durch Kreditaufnahmen ausgleicht. Außerdem verbietet die 2009 durch die Bundesregierung eingeführte Schuldenbremse im Grund-

gesetz den Ländern ab 2020 ohnehin einen kredit-finanzierten Haushaltsausgleich.

Die sog. Schuldenbremse hat deshalb in Sachsen vor allem ideologische Bedeutung. Sie repräsentiert das neoliberale Dogma der schwarz-gelben Landesregierung.

Da die sächsische CDU-FDP-Koalition nicht über die verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag verfügt, benötigt sie mindestens die Zustimmung entweder der LINKEN oder von SPD und Grünen. Deshalb hat die Koalition die anderen demokratischen Fraktionen des Landtags zum Gespräch über die Verfassung eingeladen.

Verteidigerin des öffentlichen Eigentums

Während SPD und Grüne laut Medienberichten ihre Zustimmung zur Schuldenbremse davon abhängig machen, dass auch andere Teile der sächsischen Verfassung in ihrem Sinne „reformiert“ werden, will DIE LINKE eine öffentliche Grundsatzdebatte zur Sache an sich führen.

Statt nämlich in der Diskussion künstlich und öffentlich kaum nachvollziehbar auf andere Felder der Verfassung auszuweichen, fordern wir eine „Privatisierungsbremse“. Wir schlagen konkret vor, in der Verfassung des Freistaats Sachsen festzuschreiben, dass über die Veräußerung von wesentlichen Einrichtungen und Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge in jedem

Wahlergebnisse zur Wahl des Stadtvorstandes

Vorsitzender:

Dr. Volker Külow 78 Stimmen (71,5 %)

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Ilse Lauter 85 Stimmen (78,0 %)

Franziska Godau 79 Stimmen (72,5 %)

Schatzmeisterin:

Elke Gladysz 103 Stimmen (94,5 %)

Jugendliste Frauen:

Nadja Guld 94 Stimmen (86,2 %)

Jugendliste gemischt:

Steffen Juhran 81 Stimmen (74,3 %)

Stadtvorstand Frauenliste

Maritta Brückner 69 Stimmen (63,3 %)

Steffi Deutschmann 87 Stimm. (79,8%)

Karin Gründel 81 Stimmen (74,3 %)

Naomi-Pia Witte 78 Stimmen 71,6 %)

nicht gewählt wurde:

Maren Müller 63 Stimmen (57,8 %)

Stadtvorstand gemischte Liste:

Alexander Fichtner 82 Stimm. (75,2 %)

Werner Kujat 73 Stimmen (67,0 %)

Julius Späte 73 Stimmen (67,0 %)

Simon Zeise 85 Stimmen (78,0 %)

Stephan Sander 62 Stimmen (56,9 %)

nicht gewählt wurden: Siegmund Mai

57 Stimmen (52,3 %) und Holger Weidauer

46 Stimmen (42,2 %)

Richtigstellung

Bei seiner Kandidatur zum Stadtvorstand konfrontierte ich Holger Weidauer mit einer Anfrage, bei der ich mich bezüglich der Tatsachen irrte.

Holger hat nicht in der LVZ die jw mit einem Schimpfwort betitelt, wie von mir behauptet, sondern im Internet eine kritische Meinungsäußerung gegenüber einer Veröffentlichung in der jw getätigt.

Für diese Verwechslung der Tatsachen, möchte ich mich bei Holger entschuldigen.

Siegfried Kretzschmar

Wahlkampfunterstützung 2013

Am 27. Januar 2013 findet die Wahl zum Leipziger Oberbürgermeister statt. DIE LINKE geht mit Dr. Barbara Höll ins Rennen. Ein solche Wahlkampf kostet viel Geld. Da wir keine Groß- und Firmenspenden erwarten können, sind wir auf Euch, liebe Mitglieder, angewiesen. Für die Wahlkampfdurchführung sind wir auf Eure finanzielle Hilfeleistungen angewiesen. Nach dem Beschluss des Stadtparteitages müssen wir 5.000 Euro an Spenden aufbringen.

Dabei hilft uns jede Spende, egal in welcher Höhe. Auch wenn bis zum Wahltag noch etwas Zeit ist, bereits heute unsere Bitte: spendet für den Oberbürgermeisterwahlkampf 2013.

Dabei besteht die Möglichkeit, dass ihr Eure Spende per Überweisung an

DIE LINKE. Leipzig
Sparkasse Leipzig
KontoNr.: 11 25 50 42 22

BLZ: 860 555 92

Verwendungszweck: OBM-Wahlspende 2013

tätigt.

Außerdem besteht die Möglichkeit bei Euren Kassiererinnen und Kassieren die Spende über entsprechende Spendenlisten zu tätigen. Selbstverständlich kann eine Spende auch im Liebnecht-Haus, Braustraße 15, übergeben werden.

Elke Gladysz

Einzelfall auf der Ebene des Landes ein Volksentscheid und auf der Ebene der Kommunen ein Bürgerentscheid durchgeführt werden muss, in dem die Bürgerinnen und Bürger als die unmittelbar Betroffenen selbst darüber entscheiden können. Das heißt zwar auch, die „Privatisierungsbremse“ macht Privatisierungen nicht gänzlich unmöglich (wie ja auch die „Schuldenbremse“ Kreditaufnahmen nicht vollständig ausschließt), aber sie setzt davor eine sehr hohe direktdemokratische Hürde.

Denn wenn Land und Kommunen die Kreditaufnahme zum Haushaltsausgleich verwehrt wird, steigt objektiveren Privatisierungsdruck, um (Sofort-)Einnahmen zu erzielen und (langfristige) Ausgaben zu vermeiden. Eine Privatisierungsbremse kann deshalb

eine langfristige Wirkung der Schuldenbremse zu Lasten des öffentlichen Eigentums vermeiden. Und darum geht es uns LINKEN: Um die Verteidigung des öffentlichen Eigentums.

Unmittelbare Bürgerbeteiligung

Diese Privatisierungsbremse berührt außerdem ein weiteres wichtiges Kernthema der LINKEN, nämlich unsere Forderung nach mehr unmittelbarer Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie. Der Landesvorstand und die Stadt- und Kreisvorsitzenden der LINKEN waren sich in ihrer Sitzung am 10. März darin einig, dass eine Veränderung der Verfassung eine Aufgabe ist, die Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte sein muss. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, wenn sich lediglich die Fraktionsvorsitzenden von CDU,

FDP, LINKE, SPD und Grünen für einen Deal in parlamentarischen Hinterzimmern treffen.

Vielmehr halten wir es für notwendig, die vorgeschlagenen Änderungen der Verfassung ergebnisoffen zu diskutieren. Deswegen schlägt DIE LINKE vor, einen Verfassungskonvent einzusetzen, in dem die VertreterInnen der demokratischen Parteien mit sachverständigen Bürgerinnen und Bürgern Sachsens über die Änderung der Sächsischen Verfassung beraten. Dass die Ergebnisse eines solchen Verfassungskonvents durch einen Volksentscheid bestätigt werden müssten, versteht sich von selbst.

Rico Gebhardt, Landesvorsitzender

Die EU und die Quote

Jedes Jahr um den 8. März herum findet im Europaparlament eine große Debatte zur Geschlechtergleichstellung zu einem entsprechenden Bericht statt. Im Mittelpunkt stand dieses Jahr die Geschlechterquote. Mehr als drei Stunden wurde hitzig debattiert. Kommissarin Reding, die noch jüngst für eine freiwillige Frauenquote von 30 % bis 2015 und 40 % bis 2020 stritt, konstatierte, dass dieser Forderung nur 24 Unternehmen nachkommen wollen, darunter kein einziges deutsches. Für ihre Resolutheit bekannt, riss ihr der Geduldssaden und sie verkündete in der Debatte "Ich bin zu allem bereit". Unter "alles" versteht sich eine gesetzliche Quotenregelung für Frauen in Führungspositionen. Dafür erhielt sie frenetischen Beifall "von links" und Drohgebärden "von rechts". Die Zahlen sprechen aber eine eindeutige Sprache, schon auf europäischer Ebene: Europäischer Gerichtshof,

Rechnungshof, Parlament, Zentralbank Ombudsperson, Ausschuss der Regionen haben Männer an der Spitze. 30 der 36 EU-Agenturen sind männlich geführt. Die einzige Präsidentin für "besondere Gremien" gibt es im unwesentlichen "Europäischen Amt für Veröffentlichungen". Von 27 Kommissaren sind nur 9 weiblich. Von 28 Botschaftern sind nur 6 Frauen. Die Quote im EU-Parlament ist mit 35 % zwar ganz gut, ändert aber am erheblichen Defizit weiblicher Führungskräfte nichts. Norwegen hingegen hat eine Frauenquote von 40% und zurzeit 42 % weibliche Aufsichtsräte. In den Niederlanden gibt es Quoten, 30 % der Vorstände holländischer Firmen sind Frauen. Seit Frankreich 2010 eine gesetzliche Quote eingeführt hat, wuchs die Anzahl weiblicher Führungskräfte von 12 auf 22 % in den börsennotierten Firmen Frankreichs. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsfor-

schung hingegen kritisiert in einer Studie die männliche Monokultur in deutschen Unternehmen, in denen sich in den letzten Jahren nichts geändert hat. In den 200 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands sitzen in den Vorständen nur 21 Frauen. Im Unterschied zu Österreich, wo eine Quote eingeführt wurde. In Spanien verlangt das Gleichstellungsgesetz die gleiche Vertretung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten. Widerstand gegen eine gesetzliche EU-Quote kommt aus Großbritannien und natürlich von Frau Schröder aus Deutschland, die mit einer so genannten Flexi-Quote eher für Irritation denn wirkliche Bewegung sorgt. Sollte die EU-Kommissarin jedoch eine gesetzliche Regelung ansteuern, dann könnte Frau Schröder endlich einpacken.

Cornelia Ernst

Nein zu Schmutzkampagnen gegen engagierte Personen

Leipziger LINKE plädiert für kulturvolle Auseinandersetzung im OBM-Wahlkampf. Erst langsam und schrittweise beginnen sich die politischen Konstellationen für den Leipziger OBM-Wahlkampf herauszuschälen. Schon in dieser Frühphase setzen mit den Grünen und der FDP allerdings zwei Parteien auf eine höchst bedenkliche Erregungs- und Krawall-„Kultur“ der Auseinandersetzung, die für die nächsten Monate Schlimmes befürchten lässt. Der Grünenchef kennt zum wiederholten Male kein Maß und praktiziert fragwürdige Umgangsformen, wenn er die bisher bekannten Kandidatinnen und Kandidaten als „unterirdisch“ abqualifiziert. Auch mit den heftigen Angriffen des Leipziger FDP-Vorsitzenden auf Dr. Barbara Höll, der er bezüglich

der Musikalischen Komödie „Ahnungs- und Konzeptionslosigkeit“ vorwarf, wird eher politische Energie sinnlos vergeudet und um vermeintliche Medienhoheit gekämpft, als eine sachliche Debatte über die wirklichen Problemen der Stadtgesellschaft befördert.

Die Leipzigerinnen und Leipziger haben diese verbale Eskalation nicht verdient und wollen sie auch nicht. Sie erwarten viel mehr zu Recht einen fairen und kreativen Wettbewerb der Parteien und ihrer Kandidaten darüber, wie ihre Sorgen und Nöte künftig besser von der Stadtpolitik aufgegriffen und möglichst gelöst werden. Diesem konstruktiven Ringen um alternative Konzepte stellt sich die Leipziger LINKE sehr gern. Schmutzkampagnen gegen Personen wird es hingegen

mit uns nicht geben.

Insofern sind wir auch im Kulturbereich bereit, mit allen alle Ideen ernsthaft zu diskutieren. Wir wissen, dass es keine einfachen Lösungen gibt, da es innerhalb der bestehenden Strukturen wenig Einsparmöglichkeiten gibt. Sollte jedoch im Windschatten des vermeintlichen „Kulturinfarkts“, der jüngst medial diagnostiziert wurde, ein Generalangriff auf die Leipziger Kultur gestartet werden, so würde dies auf den geballten Widerstand der Leipziger LINKEN treffen. Wir stehen in dieser Debatte dabei nach wie vor zu unserem Vorschlag der Fusion von Oper und Gewandhaus sowie des Ausbaus der Kooperation der Haustechnik.

Dr. Volker Külöw

Auch nach Streichung der Praxisgebühr gäbe es hohe Krankenkassen-Überschüsse

Zur anhaltenden Debatte über die Verwendung der Überschüsse der gesetzlichen Krankenkassen zur ersatzlosen Streichung der Praxisgebühr erklärt mit Bezug auf die Antworten zu zwei Kleinen Anfragen („Zahlung der Praxisgebühr 2011 in Sachsen“ – Landtags-Drucksache 5/8401; „Zur Finanzsituation der AOK PLUS im Jahr 2011 – Drucksache 5/8407) der Fragesteller und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Dr. Dietmar Pellmann:

Aktuelle Zahlen bestätigen: Die im vergangenen Jahr von den gesetzlichen

Krankenkassen erreichten finanziellen Überschüsse würden ohne weiteres die ersatzlose Streichung der von Anfang an umstrittenen Praxisgebühr ermöglichen, ohne dass dieser Überschuss aufgebraucht würde. Allein die AOK PLUS, zuständig für Sachsen und Thüringen, verbuchte für 2011 einen Überschuss von ca. 364 Millionen Euro. Die Praxisgebühr führte in Sachsen im vergangenen Jahr zu Gesamteinnahmen von 111 Millionen Euro. Da inzwischen die demokratischen Oppositionsparteien im Sächsischen Landtag, wie die Abstimmung zu einem

entsprechenden Antrag meiner Fraktion in der Märzsession ergab, die ersatzlose Streichung der Praxisgebühr fordern und es selbst in der CDU immer mehr Befürworter für diesen überfälligen Schritt gibt, sollte die Staatsregierung endlich auf Bundesebene initiativ werden. Allerdings müsste die CDU nur noch ihren Koalitionspartner FDP mit ins Boot holen. Das dürfte keine unüberwindliche Hürde sein, gehörten doch die sächsischen Liberalen, so lange sie in der Opposition waren, zu den eifrigsten Verfechtern der Streichung der Praxisgebühr.

Internationales Traditionstreffen in MALA UPA

Wenn Jemand einen 90. Geburtstag hat ist das eine große Sache. Kann aber ein Treffen von tschechischen, polnischen und deutschen Antifaschisten auf ein 90 jähriges Bestehen zurück blicken, ist das ein besonderes Ergebnis internationaler Zusammenarbeit gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Gemeint ist das bedeutende linke Traditionstreffen, das Antifa-Riesengebirgstreffen in Mala Upa am Fuße der Schneekoppe. Dieses Jahr findet dieses Treffen am letzten Augustwochenende, also am 25. August 2012 zum neunzigsten Mal statt.

Das Jubiläumstreffen wird geprägt sein von den Gemeinsamkeiten, die die Menschen im gegenwärtigen Kampf, gegen den Abbau sozialer Leistungen, gegen wachsende Armut und Perspektivlosigkeit, gegen die Einschränkung von Menschenrechten, gegen imperialistische Militäreinsätze, Neofaschismus und Menschenfeindlichkeit, eint. Wer schon einmal mit dem Reisebüro TUK in Mala Upa war, weiß welches hohe Maß an Verbundenheit und gleichbestimmtem Streben die Teilnehmer verbindet. Die überaus herzliche Atmosphäre unter Gleichgesinnten, brachte unvergessliche Eindrücke und viele persönliche Kontakte, gibt Kraft und Mut für die weitere Arbeit.

Für das diesjährige Treffen ist die Bus-

fahrt mit dem Reisebüro TUK nach Tschechien, also nach Mala Upa vom 23. 08. bis zum 26. 08. 2012 geplant. Die deutschen Teilnehmer aus Berlin, Dresden, Chemnitz, Coswig, Bautzen, Löbau, Leipzig und anderen Städten werden wieder im Hotel Patria in Trutnow übernachten.

Am 24.8. geht die Fahrt durch die schöne Landschaft nach Polen. Hier werden wir auch die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Gross-Rosen in Rogoznica besuchen.

Damit die Kultur nicht zu kurz kommt, gibt es am Abend ein Freundschaftstreffen in Upiteze, wo die Teilnehmer an der Wanderung auf die Schneekoppe begrüßt werden, außerdem gibt's Böhmisches Blasmusik und Tanz. Der Vorsitzende des Kreisverbandes und ZK Mitglied Gen. Jaroslav Ondracek wird dort über die derzeitige Situation in Tschechien informieren.

Übrigens wer nicht mehr auf die Schneekoppe (1.602m) klettern kann, für den gibt es ausreichend andere Möglichkeiten, z. B. mit dem Bus nach dem Kurort Janske Lazne und mit der Kabinenbahn zum Cerna Hora (1.299m) zu fahren.

Auch der Bummel in der historischen Stadt Jicin im Böhmisches Paradies auf der Rückfahrt bringt sicher Interessantes.

Aus den zurückliegenden Jahren wissen wir, das Genossen für die Teilnahme an

dieser Reise sparen, oder sich zum Geburtstag Geld für die Reise schenken lassen, nur um dabei zu sein. Die vier Tage mit dem Reisebüro TUK vom 23. bis 26. 08. 2012 kosten nach wie vor, pro Person im DZ 275.-Euro. Einzelzimmerzuschlag 24,-Euro. Abfahrt und Ankunft wird am Busparkplatz des Hauptbahnhofes sein.

Ich bitte in allen Ortsverbänden und Gruppen die Teilnahme zu prüfen und Teilnehmer für dieses 90. Traditionstreffen zu gewinnen. Meldungen zum Mitfahren bitte an Genn. Deutschmann, oder Genn. Uhlig von der AG Senioren. Wer will kann natürlich auch privat mit dem PKW nach Mala Upa fahren.

Möchte Jemand das Treffen unterstützen und ist aber nicht in der Lage an dieser Reise teilzunehmen, so gibt es beim Stadtvorstand eine Spendenbox/ Spendenliste. Das gesammelte Geld wird den tschechischen Genossen zur finanziellen Unterstützung des 90. Treffens übergeben.

Besonders hervorheben möchte ich, dass sich von den angesprochenen Jugendgruppen, die AG Junge GenossInnen wieder bereit erklärt hat mit nach Mala Upa zu fahren. Darüber freuen wir uns besonders, weil es ein generationsübergreifendes Anliegen ist, sich auf unsere Traditionen zu besinnen.

Gerda Uhlig

in eigener Sache

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

seit nunmehr zehn Jahren arbeitet die Redaktion des Mitteilungsblattes an der Erscheinung und Gestaltung dieses Blattes. Bei allem Auf und Ab, bei den verschiedenen optischen Veränderungen, bei allen kritischen Hinweisen wollen wir uns an dieser Stelle bei Euch für die gute Zusammenarbeit bedanken. Die neue Redaktion des Mitteilungsblattes wird in der nächsten Sitzung des Stadtvorstandes berufen. Darüber werdet ihr in der nächsten Ausgabe lesen können.

Ausschreibung

Für die Organisation der Oberbürgermeisterwahl 2013 in Leipzig stellt der Stadtvorstand DIE LINKE Leipzig

eine Wahlkampfleiterin/einen Wahlkampfleiter

auf Honorarbasis als befristetes Zweiteinkommen für die Zeit vom 1. Oktober 2012 bis zum 28. Februar 2013 ein.

Erwartet werden:

- Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE
- Organisations- und Leitungserfahrungen
- Kenntnisse der Strukturen des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig
- selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit
- Flexibilität des Zeitfonds
- gute EDV-Kenntnisse

Die Bewerbung ist bis zum 30. Juni 2012 an den Stadtvorstand DIE LINKE Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig zu schicken.

Generationswechsel an der Spitze der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat

Am gestrigen Abend hat die aus 17 Mitgliedern bestehende Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat zur Halbzeit der Wahlperiode ihre turnusmäßige Wahl des Fraktionsvorstandes durchgeführt. Dabei wurde der Förderschullehrer Sören Pellmann mit neun zu sechs Stimmen bei zwei Enthaltungen als neuer Fraktionsvorsitzender gewählt. Dr. Ilse Lauter wurde im Anschluss für ihr sechsjähriges Wirken an der Spitze der Fraktion ausdrücklich gedankt. Sie übergibt eine arbeitsfähige und sehr gut aufgestellte Stadtratsfraktion. Leitgedanke des Wechsels an der Spitze der Fraktion war eine personelle Verjüngung und damit die Fortsetzung des bei der Kommunalwahl 2009 be-

gonnenen Generationswechsels. Alte und neue Stellvertreter sind Dr. Skadi Jennicke und Reiner Engelmann. Der Vorstand wird durch die Beisitzerin Naomi-Pia Witte ergänzt.

Der neue Vorsitzende erklärt nach der gestrigen Wahl: „Ich habe von Ilse Lauter eine voll arbeitsfähige und kommunalpolitisch sehr gut aufgestellte Fraktion übernommen. Sie hat über sechs Jahre die Geschicke der Fraktion geleitet und ihren Teil dazu beigetragen, dass die Fraktion dort steht, wo sie jetzt steht. Dafür danke ich ihr ausdrücklich.“

Die inhaltliche Ausrichtung der Fraktion wird sich weiter konsequent an unserem Kommunalwahlprogramm ‚Für

ein solidarisches Leipzig‘ orientieren. Einige Punkte daraus haben wir bereits erfolgreich umgesetzt, weitere werden wir in den kommenden zwei Jahren auf den Weg bringen. Dabei agieren wir auch künftig als linke alternative Gestaltungspartei mit konstruktiver Sacharbeit, um Mehrheiten für unsere Positionen zu erringen.

Der derzeitige Oberbürgermeister kann davon ausgehen, dass wir ihn noch stärker als bisher an seinen Taten messen werden. Auf allen Themenfeldern werden wir auf sachliche Art und Weise die offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit ihm suchen und uns für das Wohl der Leipzigerinnen und Leipziger einsetzen.“

Linke präzisiert ihren Vorschlag zu Actori: Jeder Strukturverlust ist unumkehrbar

Das Gutachten stellt verlässlich fest, dass die Eigenbetriebe in der Vergangenheit sehr gut gewirtschaftet haben und von Verschwendung – wie häufig der Vorwurf lautet – mitnichten die Rede sein kann. Actori hat die Institutionen sehr intensiv durchleuchtet und ein Optimierungspotenzial von 2,0 Mio Euro insgesamt ausgemacht. Darüber hinaus gibt es nichts zu optimieren. Einsparungsvorschläge, die darüber hinausgehen, bedeuten immer Kürzungen und Verlust an Substanz. Die Klarheit darüber ist wertvoll, wenngleich auch teuer bezahlt.

Insgesamt summiert sich das Defizit in drei Spielzeiten auf 3,7 Mio Euro. Das ist nah an der regulären Teuerungsrate.

Der FDP-Vorschlag, die Operettensparte ins Opernhaus zu überführen, bedeutet den Verlust der 100jährigen Operettentradition in Leipzig. Wir verlieren mit einem eigenständigen Operettenhaus ein deutschlandweites Alleinstellungsmerkmal in der Stadt. Die Leipziger verlören ein Haus, in dem sie ohne Schwellenangst und soziale Barrieren, unterhaltsame Kunst auf hohem Niveau erleben können. Lindenau verliert einen Kulturanker. Und dass große Häuser die Entwicklung kultureller Vielfalt nach sich ziehen, das wird im Leipziger Westen niemand bezweifeln. Im Norden und Osten zum Beispiel fehlen solche Anker in unserer Stadt.

Darüber hinaus ist zu befürchten, dass bei einer Überführung der Muko ins Opernhaus vermutlich das Orchester, der Chor, das Ballett der Muko kaum überleben werden. Es ist – auch wenn das von der FDP geleugnet wird – ein Tod auf Raten.

Wir stellen uns nicht gegen die Prüfung des Grünen-Vorschlags. Doch wir verbinden damit keine Hoffnung. Das Schauspiel ist akustisch für musikalische Bühnenabende nur äußerst bedingt geeignet. Im vorhandenen Orchestergraben hat das Muko-Orchester keinen Platz. Der Ausbau würde so teuer, dass man von dem Geld auch Schauspiel und Haus Dreilinden sanieren könnte. Wo liegt hier also die Einsparung?

Unser Vorschlag sieht wie folgt aus: Eine Fusion Gewandhaus/Oper sollte mittelfristig umgesetzt werden, weil beide Häuser bereits über das Orchester und traditionell auch über den Gewandhauskapellmeister miteinander verbunden sind. Eine solche Fusion sparte 1,3 Mio Euro jährlich und hat keine Auswirkungen auf die künstlerische Qualität und Vielfalt. Sicher muss eine Fusion zunächst über die verstärkte Kooperation langsam und organisch wachsen – wie alle Strukturveränderungen. Hält man das summierte Defizit von 3,7 Mio gegen jährliche Einsparungen von 1,3 Mio Euro ist das aus unserer Sicht ein sehr sinnvoller Vorschlag, wenngleich

auch nicht sofort umsetzbar.

Darüber hinaus haben wir uns für eine Kulturförderabgabe stark gemacht. Leider verhindert das die Landesgesetzgebung in Sachsen. Das Urteil im Bundesverwaltungsgericht steht noch aus.

Auch eine Kooperation zwischen Theater der Jungen Welt und Centraltheater ist vorstellbar. Kooperation heißt Zusammenarbeit bei Eigenständigkeit der Häuser. Eine Fusion allerdings brächte die Sparte Kinder- und Jugendtheater in Gefahr, wie das Beispiel Halle lehrt. Eine verstärkte Kooperation beider Häuser hätte aber den Effekt, dass Zlelinski die Große Bühne im Zentrum nutzen könnte und der 99-Plätze Saal nach dem Umzug des Lofft in das Theaterzentrum Karl-Heine-Straße als Zweitspielstätte des Schauspiels genutzt werden könnte. Damit entfielen der Ausbau der ehemaligen Diskothek Schauhaus. Die frei werdenden Mittel könnten dann in den Ausbau der Muko fließen.

Insgesamt ist jedem zu misstrauen, der vorgibt, einfache Lösungen parat zu haben. Die Problemlage ist komplex. Jeder mögliche Strukturverlust ist unumkehrbar, wie die kulturpolitische Erfahrung lehrt. Gleichwohl stellt sich die LINKE dem Umstand, dass ein Weiter-So bei den großen Kulturbetrieben angesichts der steigenden Pflichtausgaben im Haushalt kaum vermittelbar ist.

Dr. Skadi Jennicke

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

2. und 4. Montag, 18:00 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Di., 17. April 2012 - 13:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 54.

Di., 17. April 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Mi., 18. April 2012 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Arabischer Frühling – wie weiter?“ zum Bildungsabend ein. Diskussionspartner: Hassan Zeinel Abidine, Ehrenvorsitzender der Gesellschaft für Völkerverständigung, Sprecher des Leipziger Koordinierungskomitees „Solidarität mit dem syrischen Volk“ Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a.

Do., 19. April 2012 - 18:00 Uhr

Luxemburg in Schönefeld: Ein Jahr Umweltzone - Ergebnisse und Aussichten. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll und MdL Dr. Monika Runge, Gorkistraße 120.

Do., 19. April 2012 - 18:00 Uhr

Diskussionsabend des Stadtbezirksverbands Leipzig-Nord zum Thema: „Die Bundeswehr – wohin geht sie?“ Es referiert und diskutiert mit uns Hauptmann a.D. i.R. Joachim Wohlfeld. Vortragssaal der Urania, Lützowstraße 3 a.

Sa., 21. April 2012 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Adams Äpfel“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Di., 24. April 2012 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit Stadtrat Steffen Wehmann: Fraktionsreport - Halbzeit im Rathaus - Kommunalpolitik auf dem Prüfstand, Schönefelder Gesellschaftshaus, Ossietzkystraße 1.

Do., 26. April 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 2. Mai 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Cafe Lindex, Lindenauer Mark.

Mi., 2. Mai 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Volksmarsdorf mit Stadträtin Carola Lange. Bürgerverein Volksmarsdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 3. Mai 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Film über Dr. Hans Modrow, LHL.

Do., 10. Mai 2012 - 19:00 Uhr

Politik braucht Phantasie! Mit Prof. Dr. Barbara Kirchner, Dietmar Dath & Sahra Wagenknecht Moderation: Martin Hatzius, Feuilleton „neues deutschland“. Eine Veranstaltung von sds.dielinke Leipzig in Medienpartnerschaft mit den Verlagen „neues deutschland“ und dem Suhrkamp-Verlag Universität Leipzig, Campus, Hörsaal 8.

Sa., 12. Mai 2012 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Birkenau und Rosenfeld“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Mo., 14. Mai 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Grünau mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 24. Mai 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung in Grünau mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 29. Mai 2012 - 18:00 Uhr

Buchlesung mit Gisela Steineckert: „Altgenug, um jung zu bleiben“, Bürgerbüro MdL

Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Mi., 6. Juni 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Volksmarsdorf mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volksmarsdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 7. Juni 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Wie gehen wir selbst mit den uns verbleibenden Ressourcen um? LHL.

Do., 7. Juni 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung in mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 11. Juni 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 12. Juni 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Stadteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Str. 122.

Heraus zum 1. Mai 2012

10:00 Uhr

Demonstration ab Volkshaus, Karl-Liebknecht-Straße

11:00 Uhr

DGB-Maikundgebung auf dem Marktplatz

14:00 Uhr

Maifeier DIE LINKE auf dem Hof des Liebknecht-Hauses

AG JG Jugendgruppe in und bei **DIE LINKE** www.agjg-leipzig.de

ANMELDUNG:
per Mail: bildungsfahrt@agjg-leipzig.de
Tel./Fax: 0341 14064411/18 oder siehe
Rückseite, Anmeldung gilt ab Bezahlung

7.7. - 8.7.2012

**BILDUNGS-
FAHRT
BERGEN
REISEN**

Besichtigung der Gedenkstätte
auf dem Gelände des ehemaligen
Kriegsgefangenen- und Konzen-
trationslagers. In diesem starben in
den Jahren 1941 - 1945 ca. 100.000
Menschen.

PREIS PRO PERSON:
40 Euro/20 Euro (Schüler, Studenten,
Azubis, Arbeitssuchende) inkl. Fahrt,
Abendessen, Übernachtung, Frühstück,
Eintritt

BEZAHLUNG:
in Geschäftsstelle der LINKEN,
Braustraße 15, 04109 Leipzig möglich

15. COURAGE KONZERT

**AUFRECHT GEHEN,
NICHT IM GLEICHSCHRITT MARSCHIEREN**

SILLY
YELLOW UMBRELLA · ROTFRONT
TWO WOODEN STONES · RATATÖSKA
PLUS: GEWINNERRAND DES NACHWUCHSFESTIVALS
MODERATION: WIEBKE BINDER & SEBASTIAN KRUMBIEGEL

MO 30. APRIL 2012
MARKTPLATZ LEIPZIG
AB 17 UHR · EINTRITT FREI AFTERSHOW IN DER MORITZBASTEI

Leipzig.
Courage
zeigen.

Schwarzweil

Schirmherr:
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Burkhard Jung

Geldgeber des Kultur- und Beauftragungsprogramms
"KUNST UND KULTUR - WIRTSCHAFTSLEISTUNG"

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

**TOLERANZ FÖRDERN
KOMPETENZ STÄRKEN**

Hauptsponsor:
BMW Niederlassung Leipzig
Leipzig - Partner von BMW Group

Stadtkasse
Leipzig
LVB

Stadt Leipzig

Veranstalter: Leipzig. Courage zeigen. e.V. - www.leipzig-courage-zeigen.de

"Guter Samen braucht guten Boden"

Bürgerforum mit Freibier zur Zukunft des sächsischen Kleingartenwesens

Sonntag, 13. Mai 2012, 10.00 Uhr
Gartenlokal "West-Gohlis", Herloßohnstr. 42a, 04155
Leipzig

Gäste:
Heiko Rosenthal, Bürgermeister für Umwelt, Ordnung, Sport
Klaus Bartl, Mitglied des Sächsischen Landtags, Fraktion DIE LINKE
Peter Paschke, Präsident des Landesverbandes Sachsen der Kleingärt-
ner e.V.

Robby Müller, Vorsitzender des Stadtverbandes der Kleingärtner e.V.

Moderation: Sören Pellmann, Mitglied Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

Veranstalterin: Cornelia Falken, Mitglied des Sächsischen Landtags,
Fraktion DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag hat eine Große Anfrage
"Konzeption und Handlungsstrategien der Staatsregierung zur Schaffung von Rah-
menbedingungen für die Sicherung und Fortentwicklung des sächsischen Kleingar-
tenwesens bis zum Jahr 2020" eingereicht. Die Antworten der Staatsregierung sind
auch Gegenstand der Plenarsitzung des Sächsischen Landtags im April.

Auf dem Bürgerforum möchten Cornelia Falken gemeinsam mit ihren Gästen
die Zukunft des Kleingartenwesens vor Ort diskutieren.

Bürgerbüro Cornelia Falken, Mdl.
Coppistr. 63
www.cornelia-falken.de

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Land-
tag

Für die schnelle,
unaufschiebbare
Beratung:
Hartz IV
Notruftelefon
01578 – 352 20 14
Mo. bis Sa.
8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-
leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redakti-
onsschluss für die Nummer 5/2012 ist Donnerstag,
3. Mai 2012. Namentlich gezeichnete Beiträge ent-
sprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Re-
daktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende
Kürzungen vor.